

2021

Atlas der

Zivil- gesellschaft



Freiheitsrechte unter Druck

Schwerpunkt Corona

Grafiken

Zusammengefasst

1

88 Prozent aller Menschen leben 2020 in beschränkten, unterdrückten oder geschlossenen Gesellschaften – fünf Prozent mehr als 2019. Damit leiden 6,8 Milliarden Menschen unter Regierungen, die ihre Grundrechte beschneiden oder Kritiker:innen drangsalieren, verfolgen, auch töten. Das geschieht in sechs von zehn Ländern.

2

Ungehindert ihre Meinung sagen, sich frei versammeln und gegen Missstände ankämpfen können 263 Millionen Menschen, vier Millionen mehr als 2019. Diese drei Prozent leben in den 42 offenen Staaten der Welt, das ist jedes fünfte Land – darunter Deutschland. In der Europäischen Union sind es 173 Millionen Menschen.

3

Elf Länder werden gegenüber 2019 herabgestuft, drei verbessern sich. Österreich steigt zu *offen* auf, die DR Kongo und der Sudan zu *unterdrückt*. Abgestiegen in *beschränkt* sind die USA, Chile, Ecuador, in *beeinträchtigt* Costa Rica und Slowenien. Die Elfenbeinküste, Guinea, Niger, Togo und die Philippinen gelten nun als *unterdrückt*, der Irak als *geschlossen*.

4

Statt in der COVID-19-Krise auf Freiräume, Dialog und Informationen zu setzen, nutzen viele Regierungen die Pandemie, um die bürgerlichen Freiheiten noch weiter unverhältnismäßig einzuschränken. Sie verletzen die Meinungs- und Pressefreiheit und bauen die Überwachung von Bürger:innen und Kritiker:innen aus.

5

Regierungen verbieten Versammlungen, erlassen Notverordnungen und schließen die Zivilgesellschaft von Beteiligungsprozessen aus. Polizei und Militär verhaften, misshandeln und schießen sogar auf Menschen, die protestieren oder sich nicht an Ausgangssperren halten können, weil sie ohne Einkommen schlichtweg nicht überleben.

6

Viele zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen haben trotz Einschränkungen, Repressionen und finanzieller Nöte neue Wege gefunden, Bedürftige zu unterstützen und ihnen eine Stimme zu geben. Sie haben Online- und Offline-Angebote kombiniert – und unzählige Menschen ermuntert, sich erstmals im Leben zu engagieren.

Die fünf Kategorien von CIVICUS-Monitor

offen (open)*

42 Staaten

3% der Weltbevölkerung

Der Staat ermöglicht und garantiert allen Menschen zivilgesellschaftliche Freiheiten. Sie können ohne rechtliche oder praktische Hürden Vereinigungen bilden, im öffentlichen Raum demonstrieren, sie bekommen Informationen und dürfen diese auch verbreiten. Autoritäten sind offen für Kritik von zivilgesellschaftlichen Organisationen und bieten Plattformen für intensiven und konstruktiven Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern. Demonstrierende werden von der Polizei grundsätzlich geschützt und die Gesetze zur Regelung des Versammlungsrechts entsprechen internationalen Standards. Es gibt freie Medien, Internethalte werden nicht zensiert und Regierungsinformationen sind leicht zugänglich.

Andorra, Antigua und Barbuda, Barbados, Belgien, Dänemark, Deutschland, Dominica, Estland, Finnland, Grenada, Irland, Island, Kanada, Kap Verde, Kiribati, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Marshallinseln, Mikronesien, Monaco, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Palau, Portugal, Salomonen, Samoa, San Marino, São Tomé und Príncipe, Schweden, Schweiz, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Surinam, Taiwan – Province of China (offizielle UN-Bezeichnung), Tschechien, Tuvalu, Uruguay, Zypern

beeinträchtigt (narrowed)*

40 Staaten

9% der Weltbevölkerung

Einzelpersonen und zivilgesellschaftlichen Organisationen ist es überwiegend gestattet, ihre Rechte zur Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit auszuüben. Trotzdem kommen Verletzungen dieser Rechte vor. Menschen können Vereinigungen mit einer ganzen Bandbreite von Zielen bilden. Es gibt aber Fälle, in denen als regierungskritisch geltende Vereinigungen juristisch verfolgt oder anderweitig schikaniert werden. Demonstrationen verlaufen weitgehend ungestört, werden von den Behörden aber teilweise unter Verweis auf Sicherheitsbedenken verboten. Es kommt auch vor, dass unverhältnismäßige Gewalt wie Tränengas oder Gummigeschosse gegen friedlich Demonstrierende eingesetzt wird. Die Medien haben die Freiheit, ein großes Spektrum von Informationen zu verbreiten. Eine völlig freie Entfaltung der Presse wird aber entweder durch strikte Regulierung oder Ausübung von politischem Druck auf Medienschaffende verhindert.

Albanien, Argentinien, Australien, Bahamas, Belize, Bosnien-Herzegowina, Botswana, Bulgarien, Costa Rica, Dominikanische Republik, Frankreich, Georgien, Ghana, Griechenland, Großbritannien, Guyana, Italien, Jamaika, Japan, Kosovo, Kroatien, Lettland, Malta, Mauritius, Nordmazedonien, Republik Moldau, Montenegro, Namibia, Panama, Polen, Rumänien, Seychellen, Slowakei, Slowenien, Spanien, Südafrika, Südkorea, Tonga, Trinidad und Tobago, Vanuatu

Die Erhebungen des CIVICUS-Monitors werden laufend aktualisiert. Diesem Bericht liegen die Daten des Erhebungszeitraums **12. 11. 2019 bis 31. 10. 2020** zugrunde. Tagesaktuelle Daten unter monitor.civicus.org.

* englische Bezeichnung der Kategorie im CIVICUS-Monitor

beschränkt (obstructed)*

47 Staaten

Die Regierenden beschneiden eine freie Grundrechtsentfaltung durch eine Kombination aus rechtlichen und praktischen Einschränkungen. Zivilgesellschaftliche Organisationen existieren zwar, doch staatliche Stellen versuchen sie zu zersetzen, unter anderem, indem sie diese überwachen, bürokratisch schikanieren und öffentlich demütigen. Bürgerinnen und Bürger können sich friedlich versammeln, werden aber häufig von Polizeikräften unter Einsatz exzessiver Gewalt auseinandergetrieben, etwa mit Gummigeschossen, Tränengas und Schlagstöcken. Es gibt Raum für nicht-staatliche Medien und redaktionelle Unabhängigkeit, aber Journalistinnen und Journalisten erfahren körperliche Übergriffe und Verleumdungsklagen. Viele sehen sich daher zur Selbstzensur genötigt.

unterdrückt (repressed)*

44 Staaten

Der zivilgesellschaftliche Handlungsspielraum ist stark eingeschränkt. Aktivistinnen und Aktivisten, die Macht habende kritisieren, werden überwacht, drangsaliert, eingeschüchtert, inhaftiert, verletzt oder sogar getötet. Obwohl es einige zivilgesellschaftliche Organisationen gibt, wird deren Advocacy-Arbeit regelmäßig verhindert. Die Organisationen sind von Deregistrierungen und Schließungen betroffen. Menschen, die friedliche Demonstrationen organisieren oder daran teilnehmen, werden häufig durch staatliche Kräfte mit scharfer Munition beschossen oder in Gewahrsam genommen, es gibt Massenverhaftungen. Die Medien geben typischerweise die Sicht der Regierung wieder. Unabhängige Stimmen werden routinemäßig durch Razzien, körperliche Übergriffe oder langwierige Strafverfahren verfolgt. Kritische Websites und Soziale Medien sind blockiert und die Internetnutzung wird stark überwacht.

geschlossen (closed)*

23 Staaten

Der zivilgesellschaftliche Handlungsspielraum ist – in rechtlicher und praktischer Hinsicht – komplett geschlossen. Es herrscht eine Atmosphäre der Furcht, in der staatliche und mächtige nicht-staatliche Akteure ungestraft davonkommen, wenn sie Menschen für die Wahrnehmung ihrer Rechte zur Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit inhaftieren, misshandeln oder töten. Jegliche Kritik am herrschenden Regime wird schwer bestraft. Es gibt keine Pressefreiheit. Das Internet wird stark zensiert und die meisten Websites sind blockiert.

18%

der Weltbevölkerung

Armenien, Benin, Bhutan, Bolivien, Brasilien, Burkina Faso, Chile, Ecuador, El Salvador, Fidschi, Gambia, Guatemala, Guinea-Bissau, Haiti, Indonesien, Israel, Jordanien, Kasachstan, Kenia, Kirgisistan, Komoren, Lesotho, Libanon, Liberia, Malawi, Malaysia, Malediven, Mali, Marokko, Mongolei, Mosambik, Nauru, Nepal, Osttimor, Papua-Neuguinea, Paraguay, Peru, Sambia, Senegal, Serbien, Sierra Leone, Singapur, Sri Lanka, Tunesien, Ukraine, Ungarn, Vereinigte Staaten von Amerika

44%

der Weltbevölkerung

Afghanistan, Algerien, Angola, Äthiopien, Bangladesch, Belarus, Brunei, Elfenbeinküste, Eswatini, Gabun, Guinea, Honduras, Indien, Kambodscha, Kamerun, Katar, Kolumbien, Demokratische Republik Kongo, Republik Kongo, Kuwait, Madagaskar, Mauretanien, Mexiko, Myanmar, Nicaragua, Niger, Nigeria, Oman, Pakistan, Palästina, Philippinen, Ruanda, Russland, Simbabwe, Somalia, Sudan, Tadschikistan, Tansania, Thailand, Togo, Tschad, Türkei, Uganda, Venezuela

26%

der Weltbevölkerung

Ägypten, Äquatorialguinea, Aserbaidshan, Bahrain, Burundi, China, Dschibuti, Eritrea, Irak, Iran, Jemen, Kuba, Laos, Libyen, Nordkorea, Saudi-Arabien, Südsudan, Syrien, Turkmenistan, Usbekistan, Vereinigte Arabische Emirate, Vietnam, Zentralafrikanische Republik

88%

der Weltbevölkerung leben in beschränkten, unterdrückten oder geschlossenen Gesellschaften.

Von 7,8 Milliarden Menschen auf der Erde haben es 6,8 Milliarden mit Regierungen zu tun, die die Grundrechte der Zivilgesellschaft beschneiden.



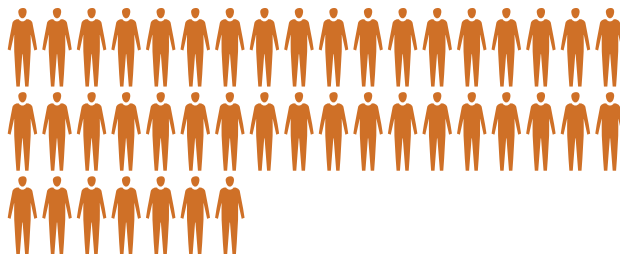
3 % offen (263 Millionen)



9 % beeinträchtigt (719 Millionen)



18 % beschränkt (1.422 Millionen)



44 % unterdrückt (3.383 Millionen)



26 % geschlossen (1.992 Millionen)

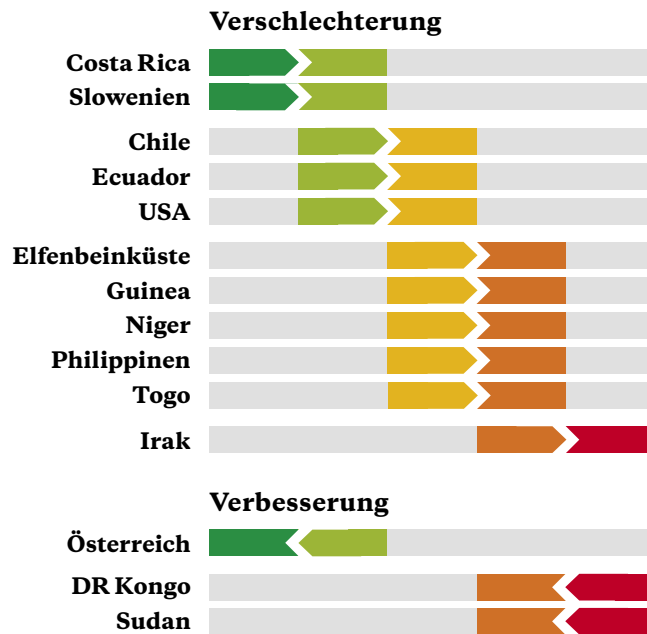
Werte gerundet

Quelle: CIVICUS (2020): *People Power Under Attack*

Mehr Ab- als Aufsteiger

Insgesamt 14 Länder haben im Erhebungszeitraum zwischen 12. November 2019 und 31. Oktober 2020 die Kategorie gewechselt – nur drei in eine höhere.

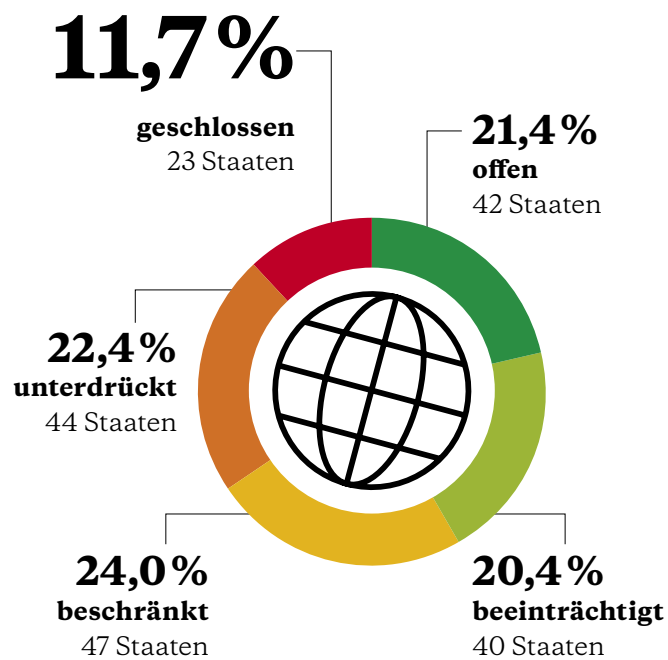
■ offen ■ beschränkt ■ geschlossen
■ beeinträchtigt ■ unterdrückt



Quelle: CIVICUS (2020): *People Power Under Attack*

Freiräume nach Staaten

In 114 Staaten der Erde leidet die Zivilgesellschaft unter massiven Beschränkungen der bürgerlichen Grundfreiheiten. Das sind drei mehr als im Vorjahr.



Berechnung nach Staaten, 196 Staaten = 100 %

Werte gerundet

Quelle: CIVICUS (2020): *People Power Under Attack*

Zivilgesellschaftliche Akteure haben weltweit immer begrenztere Handlungsräume. Nur rund drei Prozent der Weltbevölkerung genießen uneingeschränkte zivilgesellschaftliche Freiheiten. In etlichen Ländern haben Regierungen diese Freiheiten im Pandemiejahr 2020 unter dem Vorwand des Infektionsschutzes noch weiter beschränkt.

Brot für die Welt gibt den Atlas der Zivilgesellschaft jährlich in Kooperation mit CIVICUS, einem weltweiten Netzwerk für Bürgerbeteiligung, heraus. In dieser Ausgabe verdeutlichen Berichte aus fünf Weltregionen sowie aus den Ländern Kolumbien, Simbabwe, Kambodscha, Georgien, El Salvador und den Philippinen die gegenwärtige Situation.

In mehr als 90 Ländern befähigt Brot für die Welt arme und ausgegrenzte Menschen, aus eigener Kraft ihre Lebenssituation zu verbessern. Schwerpunkte der Arbeit sind: Neue Armut- und Hungerkrisen bewältigen, den Klimawandel bekämpfen, Gewalt, Fragilität und Konflikte um Ressourcen und Gemeingüter überwinden, Frauen und Frauenrechte stärken sowie den Digitalen Wandel gerecht gestalten.

Brot für die Welt

Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e. V.

Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Telefon +49 30 65211 0
Fax +49 30 65211 3333
info@brot-fuer-die-welt.de

Spenden

Brot für die Welt
Bank für Kirche und Diakonie
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00
BIC: GENODED1KDB

www.brot-fuer-die-welt.de
www.brot-fuer-die-welt.de/
atlas-zivilgesellschaft
